Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.

Anzeigenpreis (einschließl. Anzeigensteuer): im Postblattbezirk der Raum der 11p. Kolonelzeile 15 Mk., Familienanzeigen und Stellengesuche 12 Mk., amtliche 20 Mk., im amtlichen Teil die halbe Zeile 60 Mk., entsprechende 30 Mk., im Reklameteil die Petitzeile 60 Mk., ausw. 80 Mk.

Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12226.
Gemeinde-Giro-Konto: Aue, Erzgeb. Nr. 70.

Tageblatt enthaltend die **amtlichen Bekanntmachungen** der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Lößnitz, Neustädtel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Fernsprecher: Aue 81, Lößnitz (Amt Aue) 445, Schneeberg 76, Schwarzenberg 19. Drahtanschrift: Volksfreund Auerzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Eine Garantie für die Aufnahme der Anzeigen am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. – Für Nachgebote auswärtiger Filialstellen übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. Unterbrechungen des Erscheinens berechtigen keine Kürzungen. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht vereinbart. – Hauptgeschäftsstellen in Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 250. Mittwoch, den 25. Oktober 1922. 75. Jahrg.

Die Firma **Ernst Getzner, Akt.-Ges., Textilmaschinenfabrik** in **Aue**, beabsichtigt, den Obergraben ihrer Muldenwasserkraftanlage an der Wettinstraße in Aue vom Wehre ab bis vor den Turbinenrechen auf eine Länge von rd. 260 m durch ein Kästengerinne aus Eisenbeton von l. L. 1,05 m Höhe und 1,40 m Breite zu beschleusen. Die Wasserzuführung wird dabei von 2340 sl auf 2700 sl und das Gefälle von 1800 mm auf 2400 mm erhöht. An der Staudnlage, an den Turbinen und am Untergraben soll nichts geändert werden. §§ 23 (insbes. Ziffer 3), 33 des Wassergesetzes. 1054a W.

Die Unterlagen liegen hier zur Einsichtnahme aus.

Etwaige Einwendungen gegen die begehrte besondere Benutzung und Anlage sind binnen 14 Tagen, vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, bei der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg anzubringen. Die Beteiligten, die sich in der bestimmten Frist nicht melden, verlieren das Recht zum Widerspruch gegen die von der Behörde vorzunehmende Regelung.

Die auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen werden durch den Fristablauf nicht ausgeschlossen.

Die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, den 23. Oktober 1922.

Die ewige Krise.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Ka. Wieder einmal ist die ewige Krise zu einem akuten Ausbruch gekommen, der diesmal ernsthafter beurteilt werden muß, als bei irgendwelchen anderen Anlässen zuvor. In den Wandelgängen des Reichstags sah man jedenfalls am Montag Nachmittag die Lage für recht ernst an, und glaubte nicht, daß die um 5 Uhr angesetzte Parteiführerbesprechung ein günstig entscheidendes Ergebnis zeitigen würde. Die Sozialdemokratie trägt sich in halbklarer Erkenntnis der kommenden Dinge schon seit einiger Zeit mit dem Gedanken, aus dem Kahn herauszuspringen, den sie durch ihr falsches Segelsetzen in ein so überaus gefährliches Fahrwasser gelenkt hat. Sie glaubt, durch ein Hinübertreten in die Opposition die ihr immer mehr entschwindenden Massen wieder um sich scharen zu können, zumal, wenn sie über eine so glänzende Wahlparole zu verfügen in der Lage ist, wie es der Schoi nach der Verbilligung des Brotpreises und die Forderung nach einer Abwürgung des Spekulantentums auf dem Devisenmarkte darstellt. Sie schätzt das volkswirtschaftliche Verständnis ihrer Anhänger gering genug ein, um eine Kritik der von ihr vorgeschlagenen, das Ziel ganz bestimmt nicht erreichenden Maßnahmen von dieser Seite nicht zu befürchten. Sie sieht auch die durch die unentwegte Erfüllungspolitik drohende Gefahr von außen immer mehr heranrücken und hofft nach dem Beispiel der österreichischen Sozialdemokratie durch eine gestimmungstüchtige Opposition vergessen machen zu können, daß ihre Politik die Schuld daran trägt, daß es so weit gekommen ist. Die beiden anderen Koalitionsparteien, das Zentrum und die Demokraten, sind naturgemäß wenig geneigt, die Sozialdemokraten gerade jetzt aus der Verantwortung herauszulassen um allein oder vielleicht noch um die Volkspartei vermehrt, die Belastung des kommenden Winters auf sich zu nehmen.

Der Kuhhandel steht also wieder einmal in schönster Blüte und man ist in allen Ecken eifrigst dabei, nach einer Kompromißmöglichkeit zu suchen. Allerdings hat es den Anschein, als sei das regierungsfähige Bürgertum diesmal doch nicht so ohne weiteres bereit, den Sozialdemokraten weiter auf der schiefen Ebene zu folgen und ihren Wünschen klein beizugeben. Im Zentrum besteht ein starker landwirtschaftlicher Flügel und das Gewicht dieses Flügel zwingt die Partei, auf die Interessen der Bauernschaft wenigstens etwas Rücksicht zu nehmen. Muß sie doch sowieso schon fürchten, daß sie sich von den Sozialdemokraten allzu weit hat drängen lassen und daß sie gerade in ihrer Hauptdomäne, in den ländlichen Gebieten, schon beträchtlich an Anhängern verloren hat. Dazu kommt, daß man im Zentrum, je weiter die Zeit voranschreitet, um so pessimistischer der Koalition mit den roten Genossen gegenübersteht. Das Schulgesetz, immer wieder hinausgeschoben, muß endlich einmal dem Reichstag vorgelegt werden und dann ist eine reinliche Scheidung der Geister unvermeidbar. Wenn also diesmal die Krise nochmals übertüncht wird, so wird sie dann um so schneller und um so schärfer ausbrechen. Selbst die Demokraten geben sich den Anschein, endlich einmal Rückgrat beweisen zu wollen. Ihnen hat es vor allem die Devisenverordnung angetan, deren Unzweckmäßigkeit und Undurchführbarkeit gerade in tonangebenden demokratischen Finanzkreisen die schärfsten Richter findet. Die Annäherung der deutsch-demokratischen Partei an die Volkspartei hat aber auch den Einfluß des immer schon bestehenden rechten Flügels, zu dem namhafte deutsche Industrielle zählen, bedeutend verstärkt. Was so viele und eklatante Mißerfolge der demokratischen Politik nicht herbeiführten, hat die immer dringender werdende Wirtschaftsnot nun doch eingeleitet, nämlich das Verständnis innerhalb der Partei, daß mit politischen Mittelchen Wiederaufbau nicht betrieben werden kann. Ja, die Klärung scheint sogar schon so weit gegangen zu sein, daß anerkannte Demokraten offen von der Notwendigkeit eines Bürgerblocks und von der Möglichkeit der Hinzuziehung der Deutschnationalen Volkspartei zu sprechen wagen, während die Deutsche Volkspartei gerade nach dieser Richtung hin sich eine viel bemerkte Zurückhaltung auferlegte.

Es ist nun ganz ohne Zweifel, daß ein solcher Bürgerblock trotz der ungeheuren Schwierigkeiten, die uns von innen drohen, allein fähig wäre, in letzter Stunde das Steuerruder in eine feste Hand zu nehmen. Wir haben aus manchen aus dem Auslande gekommenen verläßlichen Nachrichten Grund zur Annahme, daß die fremden Mächte, deren Stellungnahme ja leider für unser Schicksal entscheidend ist, einer bürgerlichen Regierung ganz andere Möglichkeiten der Politik zustehen würden, als sie es einem vorwiegend sozialistisch zusammengesetzten deutschen Reichskabinett gegenüber für angebracht hielten. Wir glauben aber auch, daß die Herrschaft eines Bürgerblocks in Deutschland die Wiederherstellung der Staatsautorität, die Rückführung von Ruhe und Ordnung und die Deutschland notwendige Produktionssteigerung bedeuten würde, und können deshalb nur die Hoffnung aussprechen, daß diese Krise endlich den Ausgang nimmt, der allein für Deutschlands Zukunft bessere Aussichten zu eröffnen vermag.

Diktatstimmung in Paris.

Rotterdam, 23. Okt. Die Morning Post meldet aus Paris: Für den französischen Antrag in der Reparationskommission, die verschärfte Finanzkontrolle und Ueberwachung in Deutschland am 1. November zwangsweise und durch Diktat durchzuführen, stimmten der belgische und der italienische Vertreter. Mit der Annahme des Barthouschen Vorschlages ist ernstlich zu rechnen. Infolge der englischen Regierungsneubildung steht der Antrag erst auf der Mittwochsitzung des Reparationsausschusses. Nach Angabe des Temps hat es den Anschein, als ob Bradbury, wenn er auch das zweijährige Moratorium für unerläßlich erachtet, sich der französischen Auffassung hinsichtlich der scharfen und sofort durchzuführenden Kontrolle anschließen werde.

„Observer" schreibt, die erste Aufgabe der Regierung sei die Regelung der von der Koalitionsregierung in ernstem Zustand zurückgelassenen auswärtigen Angelegenheiten. Die Beziehungen zu Rußland, zur Türkei und vor allem zu Frankreich müßten gründlich gebessert werden. Das Blatt weist die neue Regierung darauf hin, daß die Frage der Beziehungen zu Rußland der Prüfstein ihrer auswärtigen Politik sein werde und fordert die volle politische Anerkennung der Sowjetregierung. Nach der Mission Herriots in Moskau werde Frankreich das tun, was England schon lange hätte tun sollen. Die deutsche auswärtige Politik, soweit sie frei sei, müsse sich automatisch zur russischen sympathisch stellen. Die Verständigung mit Frankreich sei die weitaus größte und dringendste Frage, deren entscheidende Phase jetzt in den allernächsten Wochen mit der Lösung der Reparationsfrage komme. England könne gegen Frankreich nichts für Deutschland tun. Wenn ein letzter Versuch ergebnislos verlaufe, müsse England seine Freiheit wiedergewinnen, wie dies Bonar Law in seinem bekannten Schreiben ausgesprochen habe. Wenn nach den äußersten Anstrengungen in Paris eine Regelung nicht zustandekommen sollte, so bestehe kein Grund, weshalb England nicht mit Rußland, der Türkei und auch mit Italien zu einer Vereinbarung gelangen sollte. England könne, wenn es wolle, allen drei Mächten mehr bieten als irgend jemand anderes.

Deutschlands Ausgleichszahlung gestundet.

Berlin, 24. Okt. Die Beratungen über die Stundung der Ausgleichszahlungen sind zu Ende geführt worden. Es wurde zwischen Vertretern der beiderseitigen Ausgleichsämter vereinbart, daß Deutschland bis Juli 1923 von den Zahlungen im Ausgleichsverfahren befreit sein solle. Das Abkommen wird nunmehr den Regierungen zur Annahme vorgelegt werden.

Der rasende Sturz der Mark.

Berlin, 23. Okt. Im Reichsfinanzministerium ist am Montag früh eine Konferenz der Ressortchefs zusammengetreten, um über neue Maßnahmen gegen den Marksturz zu beraten. An der Besprechung nahmen der Reichspräsident, der Staatskommissar für die Berliner Börse und der Vertreter einer Großbank teil. In parlamentarischen Kreisen und auch an der Berliner Börse sprach man von der Wahrscheinlichkeit eines Dollarkurses bis 5000 und 6000 Mark. Der Montag hat in den Berliner Markhallen eine bisher nicht erreichte Preissteigerung gebracht. Alle Preise zogen gegenüber der Vorwoche um 30 bis 40 Prozent an.

Die Tarifschraube der Eisenbahn.

Berlin, 23. Okt. Die neuen Verhandlungen über eine weitere Tariferhöhung der Eisenbahn über die bereits für 1. November und 1. Dezember angekündigten Tarifsteigerungen hinaus haben im Verkehrsministerium begonnen. Die neuen Erhöhungen werden vom Reichsfinanzminister gefordert und als dringend bezeichnet, da Etatsmittel für die neuen Lohn-, Gehalts- und Materialpreiserhöhungen nicht zur Verfügung gestellt werden können.

Ruhegehalt für den Reichspräsidenten.

Berlin, 23. Okt. Der Reichsrat beschloß die Gewährung eines Ruhegehaltes für den Reichspräsidenten und zwar im ersten Jahre nach seinem Ausscheiden, dem sogenannten Uebergangsjahr, ¾ seiner Bezüge mit Ausnahme der Repräsentationsgelder und weiterhin die Hälfte der Bezüge. Die Bezüge der Hinterbliebenen werden nach dem Beamtenhinterbliebenengesetz geregelt.

Die mysteriösen Mordbriefe.

Berlin, 23. Okt. Die Mordbriefaffäre des Reichskanzlers Wirth hat bis zur Stunde irgend welche greifbare Resultate nicht gebracht. Verhaftungen sind nicht nur in Berlin, sondern auch in mehreren anderen Städten des Reiches erfolgt. Doch liegen außer den dem Kanzler zugegangenen Briefen, die teils Drohbriefe, teils solche unflätigsten Inhalts sind, der Polizei wesentliche Unterlagen nicht vor. Auch nach der Verhaftung mehrerer Briefschreiber setzen sich die Unfugbriefe an den Kanzler fort. Der Sonnabend soll wieder einige 60 solcher Briefe in die Hände des Kanzlers gebracht haben.

Schwedische Freundlichkeiten.

Stockholm, 23. Okt. Das deutsche Linienschiff Hannover hat heute mittag Stockholm verlassen. Gestern nachmittag hatte Kommodore von Rosenberg an Bord zu einem Empfang eingeladen. Abends wurde in der Oper in Anwesenheit des Königs eine Festvorstellung gegeben. Bei dem an die Vorstellung sich anschließenden Empfang beim deutschen Gesandten sprach Sven Hedin im Namen der schwedischen Gäste. Er schilderte seine Eindrücke während seines letzten Besuches in Deutschland. Man müsse die deutsche Ordnung, den deutschen Fleiß, die deutsche Energie und die Treue bewundern. Er sei von der glücklichen Zukunft Deutschlands überzeugt.

Weimar, 23. Okt. Bei der Untersuchung über die Ursachen der sozialistischen Wahlniederlage bei den Gemeindewahlen in Thüringen wurde an Hand der Kontrollscheine festgestellt, daß von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern in Weimar nur 44 Prozent ihr Wahlrecht ausgeübt haben.

London, 23. Okt. Den Times zufolge hat die Konservative Partei Bonar Law zum Chef der Konservativen gewählt. Die Wahl sei nahezu einstimmig ausgesprochen worden. Sie lasse eine lange Dauer des Kabinetts Bonar Law voraussehen.

Rheinlandprotest.

Es war ein Lichtblick in unserer parteipolitischen Zerrissenheit, daß sich am Montag im Reichstag endlich einmal eine nationale Front zusammenfand in der Stellungnahme gegen die unerhörten Eingriffe der interalliierten Rheinlandkommission in die deutsche Justizhoheit im Zusammenhange mit dem Falle Smeets. Smeets wurde bekanntlich wegen schwerer Beleidigung des Reichspräsidenten in einem Artikel seiner Zeitung zu Freiheitsstrafe verurteilt. Die Rheinlandkommission aber hielt ihre Hand über diesen verächtlichen Hochverräter und verbot die Vollstreckung der Strafe. Sämtliche Reichstagsfraktionen mit Ausnahme der Kommunisten hatten sich in einer Protest-Interpellation gegen dieses skandalöse Vorkommnis geeinigt, die vom Abg. Sollmann (Soz.) begründet und von dem Abg. Dr. Lauscher (Ztr.), Dr. Moldenhauer (D. V.), Mumm (dnl.), Erkelenz (Dem.), Deermann (Bayr. Vlksp.) kraftvoll unterstützt wurde. Zornige Scham über unsere Ohnmacht gegenüber dem Willkürregiment der Feinde am deutschen Rhein, das die Kluft zwischen den Besatzungsmächten und der deutschen Bevölkerung immer weiter aufreißt, kam in dieser Kundgebung der deutschen Volksvertretung zu brennendem Ausdruck. Abg. Mumm sprach das mannhafte Wort: Die Rheinländer wollen keine Loslösung von Preußen, worauf das Treiben des üblen Gesellen Smeets bekanntlich abzielt. Und dieser Redner rief den Reichstag auf, nun auch bei Abwehr der drohenden Finanzsklaverei einig zu sein. Reichskanzler Wirth beantwortete die Interpellation sogleich. Lebhafte Zustimmung begleitete seine Argumente. Er nagelte nicht nur die ehrkränkende Beleidigung des Reichspräsidenten, sondern auch die der deutschen Richter fest, die das Urteil gegen den Schandgesellen Smeets gefällt haben. Alle Bemühungen, mit der Rheinlandkommission reibungslos zusammenzuarbeiten, würden durch deren Handlungsweise durchkreuzt. Es sei von den deutschen Vertretern bei den betreffenden ausländischen Regierungen Beschwerde erhoben worden und man habe verlangt, daß die Mitglieder der Rheinlandkommission angewiesen werden, ihren Beschluß alsbald wieder aufzuheben. Die Antwort steht noch aus. Um die Wirkung der Interpellationsreden nicht abzuschwächen, verzichtete der Reichstag auf eine Besprechung der Kanzlerantwort, entgegen einer Forderung der Kommunisten. Nachdem dann zwei kleinere Vorlagen genehmigt waren, wurde die wichtige Besoldungsvorlage vorgenommen. Nach kurzer Debatte genehmigte man die Vorlage. Es folgt dann die Fortsetzung der zweiten Lesung des Versicherungsgesetzes für Angestellte. Die Wiedereinführung einer oberen und unteren Gehaltsgrenze für die Versicherungspflicht wird mit 173 gegen 164 Stimmen beschlossen. Die Vorlage Lohnpfändung wurde angenommen. Die Pfändungsgrenze beträgt 100 000 Mark.

Der Kaiser über Amerikas Kriegseintritt.

Im 14. Kapitel seiner „Erinnerungen" spricht der Kaiser nach dem Radiobericht über das Eingreifen Amerikas in den Krieg. Deutschland müsse immer dagegen protestieren, daß sich Amerika am Ende des Krieges ihm gegenüber dadurch schuldig machte, daß es die 14 Punkte, die der Präsident Wilson der Welt vorgelegt hatte, glatt fallen ließ. An dieser Verfehlung sei aber nicht das amerikanische Volk schuld, sondern nur Wilson persönlich. Amerika habe mehr als jedes andere Land unter dem Eindruck der Lügenpropaganda Englands gestanden. Die deutsche Regierung hatte die 14 Punkte des Präsidenten Wilson angenommen, obwohl sie immerhin hart waren. Auch die Alliierten hatten sie angenommen mit Ausnahme des Punktes, der sich auf die Freiheit der Meere bezog. Aber keiner der Punkte sei im Versailler Vertrag durchgeführt. Im Vertrauen auf die Garantie Wilsons habe Deutschland die besetzten Gebiete geräumt und seine Waffen niedergelegt. Heute habe ein großer Teil des amerikanischen Volkes gegen Wilson Stellung genommen, denn es wolle nicht mit ihm zusammen in Mißkredit geraten.

Außer der Täuschung mit den 14 Punkten, die Wilson so beklasiert, müsse betont werden, daß es Wilson gewesen sei, der als erster die Absetzung der Hohenzollern verlangte. Als die Regierung des Prinzen Max die Forderung nach Abdankung des Kaisers erhob, habe sie sich auf die Aeußerungen Wilsons gestützt. Nur dieses Zureden des damaligen Kanzlers habe den Kaiser bewogen, ins Ausland zu gehen, weil er überzeugt worden sei, daß er auf diese Weise seinem Lande einen großen Dienst leiste. Später habe man dann wahrnehmen müssen, daß die deutsche Regierung keinerlei reale Garantien von Wilson besessen habe.